

Ortsbeirat Kleinlinden

Geschäftsstelle Ortsbeiräte
Auskunft erteilt: Frau Braungart
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1075
Telefax: 0641 306-2700
E-Mail: ortsbeiraete@giessen.de

Datum: 10.12.2012

N i e d e r s c h r i f t

zur 14. Sitzung des Ortsbeirates Kleinlinden
am Mittwoch, dem 14.11.2012,
im Bürgerhaus Kleinlinden, Gruppenraum 2 und 3, Zum Weiher 33,
35398 Gießen-Kleinlinden.
Sitzungsdauer: 20:00 - 22:55 Uhr

Anwesend:

Ortsbeiratsmitglieder der SPD-Fraktion:

Herr Norbert Herlein Ortsvorsteher
Frau Ingrid Kaminski
Herrn Helmut Volkmann

Ortsbeiratsmitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Frau Christiane Janetzky-Klein
Herr Prof. Dr. Frieder Lutz

Ortsbeiratsmitglieder der CDU-Fraktion:

Herr Winfried Wagenbach

Ortsbeiratsmitglieder der FDP-Fraktion:

Herr Dr. Klaus Dieter Greilich

Magistrat:

Frau Gerda Weigel-Greilich Bürgermeisterin

Von der Verwaltung:

Frau Vera Paschke-Ruppert

Für die Geschäftsstelle der Ortsbeiräte:

Frau Simone Benz Schriftführerin

Entschuldigt:

Frau Anja-Verena Helmchen

CDU-Fraktion

Frau Claudia Tillmann

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ortsvorsteher Herlein eröffnet die 14. Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ortsbeirat beschlussfähig ist. Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben. Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Beschlussfassung über die Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschriften über die 12. Sitzung des Ortsbeirates am 20.06.2012 und der 13. Sitzung des Ortsbeirates am 29.08.2012
4. Bürgerfragestunde
5. Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen
6. Mitteilungen und Anfragen
7. Beratung des Entwurfs zum Haushaltsplan der Universitätsstadt Gießen für das Hauhaltsjahr 2013
- 7.1. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2013 STV/1088/2012
- Antrag des Magistrats vom 04.09.2012 -
- 7.2. Haushaltsanträge der Fraktionen
(Anträge sind zu Beginn der Sitzung schriftlich einzureichen)
8. Erste Änderung der Geschäftsordnung der Ortsbeiräte STV/1092/2012
- Antrag des Magistrats vom 06.09.2012 -
9. Pflege von Grünanlagen, öffentlicher Wege und Plätze OBR/1215/2012
- Antrag der SPD-Fraktion vom 01.10.2012 -

- | | | |
|-----|---|---------------|
| 10. | Parkplatzsituation an der Poststelle
- Antrag der SPD-Fraktion vom 02.10.2012 - | OBR/1216/2012 |
| 11. | Neuregelung Bushaltestelle und Elternbringdienst an der
Brüder-Grimm-Schule
- Antrag der FDP-Fraktion vom 24.10.2012 - | OBR/1183/2012 |
| 12. | Ausbesserung eines Feldweges
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
01.11.2012 - | OBR/1217/2012 |
| 13. | Information über Maßnahmen privater Betreiber
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
01.11.2012 - | OBR/1218/2012 |
| 14. | Feinabstimmung bei Pflegemaßnahmen
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
01.11.2012 - | OBR/1219/2012 |
| 15. | Fahrradabstellanlage an der Brüder-Grimm-Schule
- Antrag des Ortsvorstehers vom 04.11.2012 - | OBR/1220/2012 |
| 16. | Herrichtung eines Teilstücks der Wetzlarer Straße
- Antrag der SPD-Fraktion vom 04.11.2012 - | OBR/1221/2012 |
| 17. | Bebauungsplan Nr. AL 10/02 "Am Ehrsamer Weg"
hier :Entwurfsbeschluss und Offenlage
- Antrag des Magistrats vom 16.10.2012 - | STV/1179/2012 |
| 18. | Festlegung der Sitzungstermine für das Jahr 2013 | |
| 19. | Verschiedenes | |

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung

Wurde bereits zu Beginn der Sitzung abgehandelt.

2. **Beschlussfassung über die Tagesordnung**

Wurde bereits zu Beginn der Sitzung abgehandelt.

3. **Genehmigung der Niederschriften über die 12. Sitzung des Ortsbeirates am 20.06.2012 und der 13. Sitzung des Ortsbeirates am 29.08.2012**

Die Niederschrift der 12. Sitzung des Ortsbeirates wird mehrheitlich genehmigt. (Ja: SPD, CDU, FDP; Nein: GR)

Die Niederschrift der 13. Sitzung des Ortsbeirates wird einstimmig genehmigt.

4. **Bürgerfragestunde**

• **Einbahnstraßenregelung Katzenbach/Begegnungsverkehr**

Hannelore Behre führt aus, ihr Ehemann habe in der vergangenen Woche mit dem Pkw beim Einbiegen in die Straße Katzenbach beinahe einen Radfahrer angefahren, der ihm dort entgegenkam. Sie bittet dringend, die alte Einbahnstraßenregelung wieder einzuführen, da es durch die Freigabe für den Radverkehr immer wieder zu gefährlichen Situationen komme.

Dagmar Hinterlang unterstützt die Ausführungen von Frau Behre. Auch sie halte den Begegnungsverkehr in dieser Straße für sehr gefährlich.

• **Parksituation vor der Poststelle in Kleinlinden, Maipplatz 24**

Elke Weitzel, Eigentümerin des Gebäudes Maipplatz 24, legt den Mitgliedern des Ortsbeirates dar, dass es im Bereich der Poststelle massive Probleme bezüglich der Parksituation vor dem Eingangsbereich gebe. Dort parkende Kunden wurden wiederholt lautstark von einem Anwohner aufgefordert, ihr Fahrzeug zu entfernen. Durch willkürliche Maßnahmen seitens der Anwohner (abstellen von Pkw's direkt gegenüber der Postfiliale) werde das Durchfahren erschwert. Gespräche mit den Anwohnern hätten zu keiner Entspannung der Situation geführt. Sie bittet den Magistrat, kurzfristig eine Lösung zu finden (z. B. durch Einrichten einer Kurzzeitparkzone).

Die Betreiberin der Postfiliale legt dar, dass es durch die Parksituation bereits zu massiven Umsatzeinbußen gekommen sei. Falls nicht rasch eine Besserung eintrete, sei sie nicht in der Lage, die Postfiliale in Kleinlinden weiter zu führen.

- **Bushaltestelle in der Lützellindener Str.**

Frau Hannelore Heikenwälder weist zum wiederholten Male auf die schwierige Situation an Bushaltestelle in der Lützellindener Straße hin. Sie fordert den Magistrat auf, in dieser Angelegenheit endlich tätig zu werden. Weiter führt sie aus, dass seit einiger Zeit für die Linie 1 Gelenkbusse eingesetzt werden, was zu erheblicher Lärmbelastigung führe. Sie bittet um Klärung.

Herr Karl Heller führt aus, inzwischen sei ein einseitiges Halteverbot in der Lützellindener Straße eingeführt worden. Die müsse allerdings auch häufig kontrolliert werden, ansonsten werde es von den Eltern, die ihre Kinder zur Schule bringen und abholen, nicht eingehalten.

Um die Situation zu entschärfen schlägt er vor, die Uhr Linie 1 zwischen 12:00 - 16:00 Uhr nicht mehr durch die Lützellindener Straße fahren zu lassen.

Herr Ewald Klein teilt die Auffassung von Frau Heikenwälder und Herrn Heller und unterstützt die Forderung des FDP-Antrages unter TOP 11.

- **Q-Fieber.**

Frau Marlene Ise bittet den Magistrat, den Landkreis Gießen zur Beantwortung folgender Fragen aufzufordern:

- Warum hat man zugelassen, dass die ca. 12000 köpfige Tierherde des Herrn Backhaus letzten Jahres hier in die Region kommen konnte, obwohl die Behörden wussten, dass die Herde aus einem Q-Fieber-Gebiet kam?*
- *Warum waren am 25.08.2011 zwei Mitarbeiter des Gesundheitsamtes in der Gemarkung Kleinlinden und Allendorf unterwegs, auf der Suche nach der Herde Backhaus? Hatte man zu diesem Zeitpunkt einen begründeten Verdacht auf einen Q-Fieber Ausbruch in der Herde Backhaus? Dem Gesundheitsamt war bereits am 16.08.2011 bekannt, dass die Herde Q-Fieber hat. Warum wurden nicht sofort alle Tierhalter in Kleinlinden und Allendorf informiert, um die mögliche Ausbreitung des Q-Fiebers auf andere Bestände und die Bevölkerung zu verhindern?*

Frau Ise bittet dringend darum, dieser Angelegenheit nachzugehen und die Diffamierung ihres Sohnes Michael Ise zu unterlassen.

- **Geschwindigkeitsmessenanlage in der Wetzlarer Straße**

Herr Manfred Blume teilt mit, die neu installierte Geschwindigkeitsmessenanlage in der Wetzlarer Straße sei in Höhe der Volksbank in der Tempo 50 Zone angebracht worden, nicht wie vorgesehen in der Tempo 30 Zone.

5. Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen

Folgende Stellungnahmen des Magistrats liegen vor:

- **Stationäre Geschwindigkeitsmessanlagen** - Sachstandsbericht;
Schreiben der Oberbürgermeisterin vom 04.09.2012
- **Rampe zwischen Hauffstraße und Brandweg**, Antrag der FDP-Fraktion vom
10.06.2012 – OBR/0960/2012M;
Schreiben der Bürgermeisterin vom 05.09.2012
- **Rampe zwischen Hauffstraße und Brandweg Kfz-Verkehr**, Antrag der FDP-
Fraktion vom 18.08.2012 – OBR/1063/2012;
Schreiben des Magistrats vom 10.09.2012
- **Bogensportgelände Schützenclub (SC) Roland**, Sachstandsbericht;
Schreiben des Magistrats vom 24.09.2012
- **Schäden am Geländer des Fußweges Bachelor**, Antrag der FDP-Fraktion vom
18.08.2012, OBR/1064/2012
Schreiben des Magistrats vom 24.09.2012
- **Stellungnahmen der Ortsbeiratsmitglieder zu Antworten des Magistrat**,
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.08.2012,
OBR/1066/2012;
Schreiben der Oberbürgermeisterin vom 01.10.2012
- **Genehmigung der Niederschrift über die 12. Sitzung des Ortsbeirates am
20.06.2012**;
Schreiben der Oberbürgermeisterin vom 01.10.2012
- **Anstehendes Parkproblem**, Antrag der CDU-Fraktion vom 01.08.2012,
OBR/1058/2012;
Schreiben des Magistrats vom 04.10.2012

Herr Dr. Greilich, FDP-Fraktion, erinnert an den noch ausstehenden Bericht zu folgendem Antrag:

Stand der Entwicklung der Baugebiete Rhielweg/Heerweg
- Antrag der FDP-Fraktion vom 18.08.2012 -
OBR/1062/2012

6. **Mitteilungen und Anfragen**

Es liegt nichts vor.

Ortsvorsteher ruft die Tagesordnungspunkte 7. bis 7.2 gemeinsam zur Beratung auf.

7. **Beratung des Entwurfs zum Haushaltsplan der Universitätsstadt Gießen für das Haushaltsjahr 2013**

7.1. **Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2013** **STV/1088/2012** **- Antrag des Magistrats vom 04.09.2012 -**

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

7.2. **Haushaltsanträge der Fraktionen**

Es liegen keine Anträge vor.

8. **Erste Änderung der Geschäftsordnung der Ortsbeiräte** **STV/1092/2012** **- Antrag des Magistrats vom 06.09.2012 -**

Antrag:

„Die als Anlage 1 beigefügte Erste Änderung zur Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte wird beschlossen.“

Stellv. Ortsvorsteherin Janetzky-Klein übernimmt den Vorsitz.

Herr Herlein erklärt, er sehe die geplante Änderung der Geschäftsordnung der Ortsbeiräte kritisch. Aus diesem Grund werde er die Vorlage ablehnen.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen (Ja: 2 SPD/CDU/GR/FDP, Nein 1 SPD).

Ortsvorsteher Herlein übernimmt den Vorsitz.

9. **Pflege von Grünanlagen, öffentlicher Wege und Plätze** **OBR/1215/2012** **- Antrag der SPD-Fraktion vom 01.10.2012 -**

Antrag:

„Der Ortsbeirat Kleinlinden bittet den Magistrat der Stadt Gießen die städtischen Grundstücke, öffentliche Wege und Plätze, besser zu pflegen.“

Begründung:

Dabei sollte nicht gespart werden – die Außenwerbung der Stadt leidet sonst darunter! Einige Grundstücke werden gut gepflegt, dagegen sind andere Liegenschaften sehr ungepflegt!

Negativ Beispiel:

Verbindungsweg zwischen Georg-Edward-Straße und Hermann-Löns-Straße hinter der Schranke zum Neubaugebiet. Hecke um den Friedhof.

Ich habe manchmal das Gefühl die fleißigen Mitarbeiter des Gartenbaums etc. wissen nicht welche Liegenschaften der Stadt gehören.

Stellv. Ortsvorsteherin Janetzky-Klein übernimmt den Vorsitz.

Herr Herlein, SPD-Fraktion, führt aus, Kleinlinden mache in vielen Bereich einen ungepflegten Eindruck. Als Negativbeispiel nennt er verdreckte Bushaltestellen, überwucherte Kreisel und ungepflegte Grünflächen.

Herr Wagenbach, CDU-Fraktion, äußert, oft seien es auch private Grundstücke deren Pflege zu wünschen übrig lasse.

Herr Volkmann, SPD-Fraktion, erklärt, die im Antrag genannten Flächen/ Grundstücke seien nur Beispiele. Er wisse, dass es noch andere betroffene Flächen gebe.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich legt dar, dass die Mittel zur Unterhaltung und Pflege städtischer Flächen seit Jahren gleich geblieben seien obwohl immer neue Flächen hinzugekommen, z. B. die Personalkosten gestiegen seien. Der Magistrat durchforste die Stadt nach Grundstücken, die veräußert werden können, um wenigstens den bisherigen Standart halten zu können.

Ortsvorsteher Herlein übernimmt den Vorsitz.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

**10. Parkplatzsituation an der Poststelle
- Antrag der SPD-Fraktion vom 02.10.2012 -**

OBR/1216/2012

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten, die Poststelle in Kleinlinden mit Parkmöglichkeiten zu unterstützen.“

Herr Volkmann, SPD-Fraktion, verliest Antragstext.

Aufgrund der in der Bürgerfragestunde bereits ausführlich dargelegten Thematik, erklärt **Bürgermeisterin Weigel-Greilich**, sie werde vorrangig prüfen lassen, ob die Einrichtung von Kurzzeitparkplätzen in diesem Bereich möglich sei.

Herr Prof. Dr. Lutz, Bündnis 90/Die Grünen, ist der Ansicht, dass es sich hier auch um eine Frage des Umgangs der Nachbarn miteinander handele.

Herr Dr. Greilich, FDP-Fraktion, hält die Einrichtung von Kurzzeitparkplätzen für sinnvoll. Langfristig müsse allerdings eine Lösung der Problematik für die gesamte Straße gefunden werden.

Herr Volkmann ändert den Antrag wie folgt:

„Der Magistrat wird gebeten, die Postelle in Kleinlinden mit Kurzzeitparkmöglichkeiten zu unterstützen. Zugleich bitten wir, die Problematik des Radverkehrs in diesem Bereich nochmals zu prüfen.“

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig beschlossen.

**11. Neuregelung Bushaltestelle und Elternbringdienst an der OBR/1183/2012
Brüder-Grimm-Schule
- Antrag der FDP-Fraktion vom 24.10.2012 -**

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu prüfen und über das Ergebnis dieser Prüfung dem Ortsbeirat zu berichten, ob:

1. Die Bushaltestelle Lützellindener Straße für beide Fahrtrichtungen auf einen Teil des südlichen Teils des Lehrerparkplatzes der Brüder - Grimm - Schule verlegt werden kann,
2. westlich der Sporthalle der Brüder - Grimm - Schule ein zusätzlicher Parkplatz ausgewiesen werden kann, der in erster Linie der Aufnahme des Pkw-Verkehrs dienen soll, der durch ihre Kinder an die Schule bringenden Eltern entsteht ,
3. die zu diesem Zweck bislang benutzte Fläche vor der Grundschule mit einem durch das Ordnungsamt regelmäßig in kürzeren Abständen kontrollierten Halteverbot belegt wird.“

Herr Dr. Greilich, FDP Fraktion, verliest den Antrag und **ergänzt ihn um zwei weitere Punkte:**

„4. Der Magistrat wird aufgefordert dafür zu sorgen, dass die Gelenkbusse der Linie 1 unverzüglich wieder entfernt werden.

5. Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob die Linie 1 zwischen 12 -16 Uhr aus der

Lützellindener Straße herausgenommen und über die Allendorfer Straße/Waldweide geführt werden kann, solange die Linie 11 noch fährt.“

Stellv. Ortsvorsteherin Janetzky-Klein übernimmt den Vorsitz.

Herr Herlein, SPD-Fraktion, schlägt vor, auf dem ehemaligen Lehrerparkplatz solle eine Busbucht geschaffen werden. Er erwarte von der Stadt, dass die unterbreiteten Vorschläge aufgenommen werden und endlich eine Lösung gefunden werde. Solange im Bereich der Schule keine Kontrollen erfolgen, werde sich nichts ändern.

Herr Prof. Dr. Lutz, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, führt aus, der alte Eingangsbereich der Brüder-Grimm-Schule werde vom Personal der Schule als Parkplatz genutzt. Dies halte er für sehr gefährlich, da dadurch die Sicht stark eingeschränkt sei. Er bittet den Magistrat auf das Personal einzuwirken, damit dort nicht mehr geparkt werde.

Ortsvorsteher Herlein übernimmt den Vorsitz.

Beratungsergebnis: Ergänzt einstimmig beschlossen.

**12. Ausbesserung eines Feldweges
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
01.11.2012 -**

OBR/1217/2012

Antrag:

„Wir bitten den Magistrat dafür Sorge zu tragen, dass im Feldweg lahnseitig angrenzend an die Bahnlinie Gießen-Dutenhofen zwischen dem Bachweg und der Straße am Weiher die Vertiefungen verfüllt und das zu verwendende Material haltbar eingearbeitet wird.“

Begründung:

Uns ist bekannt, dass der Weg erst vor 2 Jahren repariert worden ist. Dennoch ist die derzeitige Lage so, dass eine erneute Ausbesserung ansteht.

Herr Prof. Dr. Lutz, Bündnis 90/Die Grünen, verliest den Antragstext und **ergänzt ihn um folgenden Satz:**

„Der Magistrat wird weiterhin gebeten, dafür Sorgen zu tragen, dass der Weg für den PKW-Verkehr gesperrt wird.“

Beratungsergebnis: Ergänzt einstimmig beschlossen.

**13. Information über Maßnahmen privater Betreiber
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
01.11.2012 -**

OBR/1218/2012

Antrag:

„Wir bitten den Magistrat um Auskunft:

1. Welche rechtlichen Vorgaben bestehen, dass Maßnahmen privater Unternehmen, welche die öffentliche Infrastruktur in unserer Kommune betreffen, mit der Stadtverwaltung abzusprechen sind?
2. Sind derlei Vorgaben für unseren städtischen Bereich spezifischen Vereinbarungen festgeschrieben?
3. Wie lange vorher können die Einwohner/innen damit rechnen, vorher über Veränderungen informiert zu werden, um sich darauf einstellen können?“

Begründung:

Bisher wurde in Kleinlinden ein Briefkasten (Wetzlarer Straße) sonntags am Morgen um 8:30 Uhr geleert. Diese Leerung ist weggefallen, so dass im Bereich unseres Vororts keine Sonntagsleerung mehr erfolgt. Meines Wissens ist darüber vorher keine öffentliche Information erfolgt. Ein einfaches Auslassen der Briefkastenleerung ohne entsprechende vorherige Information entspricht nicht den Erwartungen einer offenen, lebensfreundlichen Gesellschaft.

Herr Prof. Dr. Lutz, Bündnis 90/Die Grünen, verliest Antragstext und Begründung.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich erklärt, es gebe keine rechtliche Verpflichtung der Post, sich mit der Stadtverwaltung abzusprechen, da es sich hier nicht um eine kommunale Aufgabe handelt.

Frau Kaminski, SPD-Fraktion führt aus, sie habe sich informiert, und folgende Auskunft erhalten: Die Post sei verpflichtet, eine Poststelle in Kleinlinden aufrecht zu erhalten. Briefkästen können jedoch von der Post beliebig entfernt werden.

Aufgrund der Ausführungen von Bürgermeisterin Weigel-Greilich und Frau Kaminski, zieht **Herr Prof. Dr. Lutz** den Antrag zurück.

Beratungsergebnis: Zurückgezogen.

**14. Feinabstimmung bei Pflegemaßnahmen
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
01.11.2012 -**

OBR/1219/2012

Antrag:

„Wir bitten um Auskunft darüber, wie die Planungen für die Einrichtung von Grünanlagen, z. B. um und auf Spielplätzen und Gehwegen, mit den später erforderlichen Pflegemaßnahmen abgestimmt werden.“

Begründung:

In Kleinlinden zeigt sich um die Brüder-Grimm-Schule herum, dass bei der Pflege der Flächen die Arbeitsfahrzeuge über die Wiese fahren müssen, weil die Wege nicht breit genug angelegt worden sind. Damit werden Rillen geschaffen, welche sowohl die Unfallgefahr erhöhen als auch die Pflege der Grünflächen erschweren. Dabei entstehen unnötige Kosten.

Herr Prof. Dr. Lutz, Bündnis 90/Die Grünen, verliest Antragstext und Begründung.

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig beschlossen.

**15. Fahrradabstellanlage an der Brüder-Grimm-Schule
- Antrag des Ortsvorstehers vom 04.11.2012 -**

OBR/1220/2012

Antrag:

„Der Ortsbeirat Kleinlinden bittet den Magistrat der Stadt Gießen, dafür Sorge zu tragen, dass an der Brüder-Grimm-Schule eine Fahrrad-Abstellanlage installiert wird, die sicherstellt, dass die Schulkinder der Brüder-Grimm-Schule ihre Fahrräder sicher mit dem Fahrradrahmen anschließen können.“

Stellv. Ortsvorsteherin **Janetzky-Klein** übernimmt den Vorsitz.

Herr Herlein, verliest den Antragstext und die Begründung.

Herr Dr. Greilich führt aus, dass es an der Schule ein Gebäude/einen Raum gibt, der früher als Abstellraum für die Fahrräder diente. Dieser Raum wird inzwischen anderweitig genutzt. Er regt an zu überprüfen, ob der Raum seinem ursprünglichen Zweck wieder zugeführt werden könne.

Herr Herlein ergänzt den Antragstext um folgenden Satz:

„Dabei soll insbesondere geprüft werden, ob die frühere Abstellmöglichkeit wieder aktiviert werden kann.“

Ortsvorsteher Herlein übernimmt den Vorsitz.

Beratungsergebnis: Ergänzt einstimmig beschlossen.

**16. Herrichtung eines Teilstücks der Wetzlarer Straße
- Antrag der SPD-Fraktion vom 04.11.2012 -**

OBR/1221/2012

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen gebeten, umgehend dafür Sorge zu tragen, dass der Straßenbelag in der Wetzlarer Straße ab dem Haus Wetzlarer Straße 54 in Richtung Dutenhofen bis zum Fußgängerüberweg abgetragen und erneuert wird.“

Begründung:

Der hier benannte Straßenbereich befindet sich in diesem Bereich, insbesondere von Dutenhofen her kommend, in einem katastrophalen Zustand. Verwerfungen und Straßenbelagswellen führen selbst bei geringsten Geschwindigkeiten von Fahrzeugen aller Art –insbesondere natürlich bei beladenen und unbeladenen Lastwagen – zu für Menschen nicht mehr zumutbaren Lärmbelastigungen.

Angesichts der Tatsache, dass die Wetzlarer Straße zu einer der meist befahrenen Straßen in Kleinlinden zählt und zugleich keine Tempobegrenzung mehr existiert, muss dieser Zustand schnellstmöglich abgestellt und eine Straßenbelagserneuerung durchgeführt werden.

Herr Volkmann, SPD-Fraktion, verliest Antragstext und Begründung.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich vermutet, dass in diesem Bereich eine grundhafte Sanierung erfolgen muss.

Dr. Greilich, FDP-Fraktion, erklärt, im Grunde stimme er mit dem Antragsteller überein. Da es in Kleinlinden aber durchaus noch weitere Bereiche gebe, in denen eine Sanierung notwendig sei, werde er sich der Stimme enthalten. Er regt an, den Antrag in einen Prüfantrag zu ändern.

Herr Volkmann ändert den Antrag wie folgt:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, **zu prüfen, ob** der Straßenbelag in der Wetzlarer Straße ab dem Haus Wetzlarer Straße **48** in Richtung Dutenhofen bis zum Fußgängerüberweg abgetragen und erneuert **werden kann**.“

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig beschlossen.

**17. Bebauungsplan Nr. AL 10/02 "Am Ehrsamer Weg"
hier :Entwurfsbeschluss und Offenlage
- Antrag des Magistrats vom 16.10.2012 -**

STV/1179/2012

Antrag:

„1. Der in der Anlage beigefügte Bebauungsplan AL 10/02 „Am Ehrsamer Weg“

sowie die eigenständigen, in den Bebauungsplan integrierten bauordnungsrechtlichen Festsetzungen (§ 81 Hessische Bauordnung HBO) werden als Entwurf beschlossen. Die Begründung zum Planentwurf wird beschlossen.

2. Auf der Grundlage dieses Beschlusses sind die Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.“

Herr Dr. Greilich beantragt die Ausführungen zu dem Tagesordnungspunkt wörtlich zu protokollieren:

Bürgermeisterin Weigel-Greilich:

„Wir hatten ja die Offenlage, von daher kann ich sagen, es gab zwar einige Anregungen, aber keine grundsätzliche Kritik an dem Plan. Wir haben jetzt noch einmal nachverdichtet. Natürlich sind Grünflächen sehr schön. Aber wir haben ja sehr viele Grünflächen drum herum und es ist einfach eine Kostenfrage, weil je mehr Grünflächen in dem Bereich selber drin sind, umso teurer sind dann die einzelnen Bauflächen. Deswegen haben wir es nochmals nachverdichtet. Man merkt es an ein, zwei Stellen, wenn man es mit dem alten Plan vergleicht, könnte man es erkennen. Das hat jetzt aber keine relevanten Auswirkungen, wie gesagt, das ist ja auch sehr im Grünen.“

Ortsvorsteher Herlein:

„Darf ich folgende Anregung geben, denn ich bin ein Verfechter von Kreisverkehr, das sage ich ganz offen und ehrlich. Ich freue mich sehr, dass in diesem Anfangsbereich dort ein Kreisverkehr in Richtung Allendorf oder vor Allendorf gesetzt wird, aber genauso macht ein Kreisverkehr Sinn, im Bereich Heerweg. Das kann man erst einmal provisorisch gestalten, dort wo die Volksbank jetzt baut und natürlich ich erwähne auch einen Kreisverkehr, obwohl ich weiß es wird Widerspruch geben, im Bereich Rewe und Lützellindener Straße. Selbst früh morgens erlebe ich schon wie die Leute auf dieser Strecke rasen, weil sie glauben es ist frei, eine schöne langgezogene Kurve und da wird ein Tempo reingehauen, dass ist unglaublich. Dem kann nur mit einem Kreisverkehr begegnet werden, weil die Ampeln bringen nichts. Wenn die Ampel grün ist, ziehen die durch, das juckt sie gar nicht. Nur ein Kreisverkehr verlangsamt. Und das ist gerade auch für die Bewohner an der Lützellindener Straße ein wichtiges Element in der Form der Verlangsamung. Ich weiß es gibt da Grabenkämpfe zwischen Kreisverkehr und nicht Kreisverkehr, aber Heerweg wäre eines der ganz entscheidenden, dort könnte man schon mal eine provisorische Lösung machen, das andere wäre, die Lützellindener Straße noch einmal zu überdenken“

Herr Dr. Greilich:

„Ich war damals bei dem Aufstellungsbeschluss nicht dabei, ich habe entschuldigt gefehlt in dieser Sitzung, sonst wäre der Beschluss sicherlich nicht einstimmig ausgefallen. Zu der heutigen Sache möchte ich sagen, wir hatten das ganze ja auch schon in der Ausschussrunde der Stadtverordnetenversammlung, da war in der Beratungsfolge der Ortsbeirat Kleinlinden nicht vorgesehen. Frau Kaminski, Frau

Janetzky-Klein und ich habe diese Unterlagen schon rechtzeitig gehabt, weil wir Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung sind. Der Ortsbeirat ist aber tatsächlich jetzt noch in die Beratungsfolge aufgenommen worden. Möglicherweise auch durch den Hinweis darauf, dass ja auch ein Teil der Gemarkung Kleinlinden von dem Bebauungsplan erfasst wird und insofern der Ortsbeirat Kleinlinden zu hören ist. Trotzdem finde ich es andererseits schon ein dickes Ding, dass die anderen Ortsbeiratsmitglieder erst am Montag Nachmittag die Vorlage mit der Post bekommen und am Mittwoch einen Beschluss darüber fassen sollen. Tatsache, was ich noch sagen will, ich halte grundsätzlich erst einmal Neubaugebiete für sehr gut, das kurbelt die heimische Wirtschaft an. Es schafft auch Wohnraum für neue Gießener Bürger, deswegen grundsätzlich ja zu dem Baugebiet Allendorf-Nord. Aber so wie es jetzt geplant wird, auch ein klares nein. Das ist sozusagen Planung zu Lasten Dritter was da von Allendorf aus gemacht wird. In erster Linie aus meiner Sicht zu Lasten Kleinlindens. Es geht schon los mit dem Kreisverkehr den sie genannt haben. Der führt dazu, das gesamte Baugebiet Allendorf Ehrsamer Weg/Allendorf Nord hieß es früher mal, wird von dem Kreisverkehr bedient. Es gibt da so eine kleine Entlastung, aber da habe ich jetzt auch gehört, da soll ein Poller davor gesetzt werden, damit da auch keiner durchfährt. Also alle fahren hier rein und auch wieder hier raus. Weil nach Allendorf fährt von diesen Neubürgern, die dann kommen keiner. Dort gibt es keine Geschäfte, bzw. es gibt noch eine Bäckerei die wahrscheinlich demnächst wenn der Inhaber die Altersgrenze erreicht hat, auch geschlossen wird. Das ist das eine, das zweite ist, die Kinder die dann dort vielleicht einmal leben, haben es viel kürzer zur Kita Märchenland und in die Grundschule Brüder-Grimm-Schule. Die werden also sicher auch nicht Allendorf bevölkern und da werden auch nicht die Autofahrer dann hier über die Kleinlindener Straße nach Allendorf reinfahren, sondern die fahren alle, auch die restlichen Leute die zur Arbeit wollen, wieder vor über die Kreuzung Lützellindener Straße, dann an die Kreuzung Frankfurter Straße und dann verteilen die sich entweder nach Gießen oder nach Frankfurt. Auf jeden Fall, erstaunlich ist, es wird also keine Verkehrsbelastung für Allendorf geben. Es gibt eine enorme Belastung für Kleinlinden. Was noch zu bemängeln ist, aus meiner Sicht, und das muss ich jetzt mal sagen, auch ohne Rücksicht auf eventuelle klimatischen Einwirkungen, wenn also hier diese Frischluftschneise weggenommen wird. Auffällig ist ja das also da gebaut wird und dieses andere Gebiet, direkt arrondiert wird, ja das Gebiet das direkt an der Sennhütte ist. Wir haben hier so eine W-Form dieses Baugebiets, sinnvoll wäre aus meiner Sicht gewesen dort eine L-Form zu planen, die also nicht nur hier arrondiert und da arrondiert, sondern auch in diese Richtung arrondiert. Dann hätte sich auch der Verkehr gleichermaßen verteilt, dann wäre auch in Teil in Richtung Allendorf abgeflossen und nicht nur da. Das wesentliche ist, es gab da schon Äußerungen aus städtischen Ämtern, dass hier dieses Gebiet als „Pestbeule“ bezeichnet wurde, weil es so in die Landschaft hineinragt, mitten in das Feld, während andere Teile frei bleiben. Ich würde es eher als Krebsgeschwür bezeichnen. Die Pest ist relativ selten und eine Pestbeule fällt dann auch irgendwann mal ab, wenn der Betreffende richtig behandelt ist hat er oft das Glück zu überleben. Bei einem Krebsgeschwür frisst sich das immer weiter da in die Landschaft hinein. Ich würde dafür plädieren, da noch einmal umzudenken. Man kann durchaus hier so planen bis hier hin aber diesen Teil der da hier so hineinragt, den würde ich hier unten dranhängen und dann denke ich, könnte man dem dann auch zustimmen. Aber so wie das jetzt ist, auf gar keinen Fall.“

Janetzky-Klein:

„Ich habe drei Fragen.

Abfließender Verkehr. Es wird so sein das ausschließlich Kleinlinden damit belastet wird. Es ist ganz klar das nicht über die Frankfurter Straße abgefahren wird, sondern durch Kleinlinden, vermeintlich den kürzesten Weg, so das wir ein erhöhtes Verkehrsaufkommen in Kleinlinden wieder haben werden.

Es ist zwar Allendorfer Gemarkung und die Kinder sollen wohl auch in Allendorf zur Schule gehen, aber von der Nähe her, kann ich mir nicht vorstellen, dass die Eltern sagen, die Kinder sollen bis nach Allendorf in den Kindergarten laufen, wenn die Kita Märchenland um die Ecke ist. Das bedeutet zum einen, wir haben hier keine vernünftige Wegeverbindung, das die Kinder zu Fuß übergehen können und wir haben wieder ein erhöhtes Verkehrsaufkommen, weil die Eltern nun einmal so sind wie sie sind, indem sie ihre Kinder zur Schule fahren. Diese Thematik ist noch nicht geklärt, ich bitte um Antwort.

In den letzten Jahren wurde die Kanalisation in Kleinlinden erneuert. Aufgrund der neu hinzugekommen Gebiete hatte man Schwierigkeiten in der Lützellindener Straße, da gab es Überflutungssituationen in den Kellern, das der Kanal nicht alles aufnehmen konnte. Jetzt haben wir Kleinlinden einigermaßen auf einem Stand wo man sagen könne, wir haben keine Schwierigkeiten mehr, was passiert mit den Abwassern von da oben, in welche Richtung fließen die ab?“

Bürgermeisterin Weigel-Greilich:

„Einmal grundsätzlich zu der Frage, was passiert denn hier? Es passiert, dass wir etwas 100 zusätzlich Bauplätze haben, mit den entsprechenden Menschen und ich sage ja, das kann ja überhaupt nicht anders sein, dass das eine zusätzliche Belastung sein wird für Kleinlinden. Dazu muss ich jetzt mal was sagen, man hat den Eindruck hier im Ortsbeirat es gibt in Kleinlinden nur die Lützellindener Straße, die Heide, die Wetzlarer Straße und den Weiher.“

Zwischenruf **Herr Herlein:** „Und die Frankfurter Straße“.

Bürgermeisterin. Weigel-Greilich:

„Die habe ich noch nie hier gehört. Die Saarlandstraße, o. k., aber die Frankfurter Straße habe ich noch nie hier gehört, da gibt es auch keine Anträge dazu. Wenn die, (nicht verständlich) was eine Belastung ist und das ist natürlich eine Belastung, wir verdichten uns in der Stadt, das ist natürlich eine Belastung für die Frankfurter Straße und für die gesamte Stadt, weil diese Menschen werden auch in die Stadt fahren. Die werden die Brüder-Grimm-Schule besuchen, spätestens ab der 5. Klasse. Grundschule, das muss man sehen, das ist eine Verteilung auch nach der Auslastung. Die Stadt hat ja die Hoheit darüber, wie die Schulamtsbezirke gemacht werden, und es wird eine zusätzliche (in Anführungszeichen) Belastung sein. Aber wenn man junge Familien und Menschen als Belastung empfindet, dann wird es schwierig. Und wer sagt denn, dass es hier keine Zu- und Abfahrt gibt? Hier ist eine Zu- und Abfahrt. Und das wird auch eine für Autofahrer werden, dann es ist ganz klar, das Menschen – und es wird schon

noch welche geben – die am Vereinsleben teilnehmen, die auch zu dem Bäcker nach Allendorf fahren, die ins Bürgerhaus oder sonst wo hinfahren, die werden diese Zu- und Abfahrt nutzen, die wir – auch etwas gegen Widerstände in Allendorf – durchgesetzt haben, weil das kann nicht sein, dass Menschen die hier wohnen, die sich in den Ort orientieren, hier außen rumfahren müssen.“

Zwischenruf Herr Dr. Greilich:

„In der Zeitung stand, dort kommen Poller hin.“

Bürgermeisterin Weigel-Greilich:

„Nein, stimmt nicht, es steht alles mögliche in der Zeitung, da ist kein Poller vorgesehen.“

Dr. Greilich:

„Das stammt aus der Ortsbeiratssitzung Allendorf.“

Bürgermeisterin Weigel-Greilich:

„Ja, das haben die gemeint, aber da ist kein Poller. Ich sage mal, das ist das Kirchturmdenken, das ist nicht nur das Kirchturmdenken in den Städten, sondern auch in den Ortsbeiräten. Das bringt uns überall nicht weiter. Da wird es auch eine Ausfahrt geben. Die Stadt braucht das und die Ortsteile brauchen das die Stadt sich weiterentwickelt. Ich denke, wir sollten wirklich einmal, also hier bei dieser Sache, das kommt mir jetzt wirklich sehr...Na gut, ich will jetzt nichts weiter dazu sagen. Wir freuen uns alle, warten darauf, dass es hier ein Wohngebiet gibt, ein zusätzliches. Wir haben uns sehr viel Mühe gemacht, aus was die Verkehrssituation angeht und Kreisverkehr kann man, - also wenn wir das in alten Bereichen machen, müssen wir Grundstücke ankaufen, das kostet über eine halbe Million. Das machen wir wenn eine Sanierung notwendig ist, wie die von Ihnen etwas polemisch und unsachlich und unkundig benannte Unterführung, Herr Herlein, an der Ostanlage genannt worden ist. Dann machen wir das. Wenn die Sanierung ansteht an der Brüder-Grimm-Schule/Rewe-Mark, dann diskutieren wir da auch über einen Kreisverkehr. Das waren die Fragen zum Verkehr, ja es gibt mehr Verkehr, wir wollen den, und deswegen, der kann auch nicht woanders geführt werden, er führt über die Allendorfer Straße/die Frankfurter Straße in die Stadt. Wenn die Kinder in die Brüder-Grimm-Schule gehen und die Eltern weiter uneinsichtig sind und meinen dass sie ihre Kinder selbst von hier mit dem Auto fahren müssen, dann kann es die Stadt nicht verhindern. Was waren die weiteren Fragen? Weniger Grünfläche. Da arbeiten wir noch dran, weil in der Tat auch noch von den unterschiedlichen Ämter die Anregung kam, dass noch etwas zu optimieren. Das ist jetzt ja die Entwurfsplanung, dass man das im nächsten Schritt noch aufnimmt.

Abwasser ist so, dass es nach Allendorf entsorgt wird, die Abwasserleistung, und da jetzt eine Trennsystematik wg. dem Regenwasser erfolgt, hoffe ich auch, da wäre ich persönlich sehr stark betroffen, weil wir hatten schon dreimal Rückstauhochwasser, wenn es anders geregelt werden würde. Also das ist eher eine Belastung für Allendorf an der Stelle und wenn wir hier weiter, Christiane, das was Du gesagt hast, wir brauche hier eine neue Entwässerung, die muss da runter und wir brauchen die verkehrliche Erschließung da runter. Und dass ist sozusagen unbezahlbar bei so einem

kleinen Baugebiet. Dann müsste man das große Baugebiet machen und dann kann man auch eine Erschließung sowohl was den Verkehr angeht als auch das Abwasser Richtung Wetzlarer Straße machen. Aber das ist im Moment nicht angesagt. Im Moment ist dieses kleine Baugebiet angesagt. Auch was die gesamte Infrastruktur angeht, denn wir haben die Schule, wir haben die Kita, wir haben praktisch die neue Mitte die ja letztendlich Allendorf, Kleinlinden, Lützellinden verbindet, ich hoffe auch mental noch ein bisschen besser verbindet. Das klingt jetzt vielleicht etwas polemisch, auch die drei Ortsbeiräte müssen daran arbeiten näher zusammenzukommen, denn das ist die neue Mitte, da werden sich die ganzen Stadtteile hin entwickeln. Und dadurch, dass wir das ganze so gestalten, ist das insgesamt kostengünstig. Wir brauchen nur die neue Bushaltestelle. Es wird hier natürlich eine Bushaltestelle geben. Die verkehrlichen Fragen, Herr Lutz werden später geregelt. Es wird hier eine Bushaltestelle geben und wir haben die andere Infrastruktur, die sogenannte weiche Infrastruktur nennt man das, haben wir hier vor Ort und das macht diese Entwicklung, mit dieser Entwicklung, dass wieder so viele Menschen wieder zurück in die Stadt ziehen, wirklich hier attraktiv und auch verträglich. Ich glaube, dass das eine zumutbare Entwicklung ist. Das ist schon deshalb zumutbar, wir müssen daran interessiert sein, dass da junge Familien mit Kindern hinziehen, die diese Infrastruktur nutzen und dafür sorgen, dass wir hier noch gut leben können. Danke schön erst einmal.“

Ortsvorsteher Herlein:

„Ich darf auf die charmanten Ausführungen von Bürgermeisterin Weigel-Greilich antworten. Da ist ja auch Allendorfer Gemüt mit drin.“

Bürgermeisterin Weigel-Greilich:

„Auch Kleinlindener.“

Ortsvorsteher Herlein:

„...auch Kleinlindener, das freut mich. Ich persönlich habe nichts gegen eine Erweiterung, das ist ein grundsätzliches Thema. Ich denke wir nähern uns immer mehr in der Frage einer Großregion Richtung Frankfurt in diese Struktur rein. Das ist einfach ablesbar, dafür gibt es Entvölkerung in anderen Bereichen. Wer sich ein bisschen mit der Materie beschäftigt, der weiß das, und der weiß auch wo das hinläuft. Von daher gehend darf man sich da keine Illusionen machen. Trotzdem sind wir ein bisschen polemisch, natürlich, das gehört auch mit dazu. Das sind die kleinen charmanten Scharmützel, richtig. Nur ich will mal auf das zugreifen, was Dr. Greilich gesagt hat. Uns als Kleinlindener hätte am stärksten Interessiert, da haben wir auch in der damaligen Sitzung darauf hingewiesen, da waren Sie ja dabei, dass uns sehr wichtig war, das im Grunde genommen, zwischen Allendorf und Kleinlinden ein geschlossenes neues Baugebiet entsteht. Ich weiß, aber ich glaube man hätte trotzdem, wenn man intelligent gedacht hätte, das liegt ja nicht an ihnen, das ist die Frage der Planer, hätte man diese Lösung finden können, weil diese Straße, kann mit ihrer 70 km/h so nicht weiter gefahren werden. Das ist mit auch ein Gesichtspunkt. Natürlich hätten wir uns als Kleinlindener auch vorstellen können, das ist das was Dr. Greilich sagt, das der Verkehr auch runtergeführt wird, Richtung alte B 49 –“

Bürgermeisterin Weigel-Greilich:

„Dann fährt er aber durch die Wetzlarer Straße.“

Ortsvorsteher Herlein:

„Ich rede von runtergeführt, das heißt nämlich Richtung Sennhütte und dann dort angebunden, das wäre eine andere Kiste und dann kämen wir auch wieder an die sogenannten Anbindung an die neue B 429, weil das sind alles Gesichtspunkte die zu einer Verkehrsentslastung führen, für diesen Bereich. Ich weiß, das ist Schnee von gestern, ich weise nur darauf hin. Je mehr Bürger sich in diesem Bereich einsiedeln werden, desto mehr Pkw-Verkehr wird entstehen, desto mehr verkehrliche Belastungen werden entstehen und die alten Verkehrsstraßen werden belastet. Das ist eine Konsequenz in dem ganzen Prozess. Unsere Idee war natürlich immer in der Betrachtung, wenn man anbindet Allendorf auf der einen Seite runterführen Richtung alte B 49 um dort auch an das Einkaufsgebiet anzuschließen, weil die Leute fahren ja alle, entweder über den Allendorfer Kern oder durch Kleinlinden. Das ist ganz unterschiedlich. Entscheidet ist für mich wirklich die verkehrliche Entlastung der Allendorfer Straße. So charmant ich diesen Kreisverkehr finde, ich finde es auch wichtig, ganz klar zu machen, es kann keine Pollerstruktur geben. Die Kleinlindener Poller-Erfahrung möchte ich auf andere Ortsteile nicht übertragen. Das ist eine absurde Diskussion. Wir kommen von dieser Pollerkiste nicht mehr runter. Keiner will etwas ändern. Die einen wollen ihre absolute Ruhe, die anderen wollen jetzt wenn sie älter werden ihre Rettungssicherheit haben. Da könnte einiges passieren. Mir geht es darum das die Orte Allendorf und Kleinlinden vernünftig angeschlossen werden. Weil, die Realität zeigt es ja auf. Was macht die Volksbank, sie ist ganz clever, genau da oben, Spitze Heerweg, setzt sie ihre Filiale hin, natürlich für Lützellinden, Allendorf und Kleinlinden. Die werden Allendorf zu mache, die werden Lützellinden zumachen“.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich:

„Der Verkehr wird dadurch aber verlangsamt.“

Ortsvorsteher Herlein:

„In dem Bereich ja, aber danach fangen die an und fahren. Und deswegen sage ich, da müssen wir gleichzeitig, und darum kann ich nur bitten, damit es kein Geschmäcke gibt, darum bitten zu sagen, weil der Heerweg kann kein Problem sein, da müssen wir auch kein Grundstück zu kaufen, da muss man einfach nur eine kleine Verkehrsinsel machen und schon ist es ein Kreisverkehr, und schon beruhigt es. Bei Rewe ist es anders, das weiß ich. Da sind die ganzen Ampelanlagen, trotzdem muss man darüber nachdenken. Weil ansonsten kriegen wir – je schneller der Verkehr läuft, desto schneller glauben die Leute sie könnten sich entlasten und fahren dann den Weg. Das ist das Problem was wir haben, weil Wasser fließt immer strömungstechnisch immer da wo es am schnellsten fließen kann, das ist so, Verkehr genauso.“

Prof. Dr. Lutz hat einen Fragenkatalog vorbereitet.

Die Fragen sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich:

„Herr Prof. Dr. Lutz, ich würde diese Fragen dann zum Bebauungsplan zum Entwurf

nehmen, dass die im Verfahren bearbeitet werden. Und zwei Dinge will ich jetzt doch noch einmal sagen. Die Verkehrssituation in der Kleinlindener Straße in Allendorf ist sehr schwierig und unglücklich, weil da ja noch mit der Mentalität der 70er Jahre gebaut worden ist, einfach durchfahren. Das ist kein Vergleich zu dem was hier immer vorgetragen wird an anderen Orten. Ich muss es einfach mal so sagen. Gleichwohl nehmen wir das da so hin, weil im Moment einfach keine Verbesserung möglich ist. An anderen Stellen in der Stadt, und ich bin ja nach wie vor Kleinlindenerin und Allendorferin und nehme das auch wahr, ist es ein ungleiches schlimmer, was ich bestätigen kann. Herr Herlein, ich bin auch eine Befürworterin mittlerweile von diesen kleinräumigen Stadtautobahnanschlüssen und wir unterstützen das ja auch, dass noch einmal an der Grünberger Straße, damit der alte Steinbacher Weg in der Stadt entlastet werden kann, das da eine zusätzliche Auffahrt gemacht werden kann und am Oberhof. Das scheitert im Moment am Verkehrsministerium, da der Gießener Ring nicht als Stadtautobahn gewertet wird, sondern als Übergang. Aber egal, im Moment hätte wir sowieso kein Geld. Und die Frage, dass man immer einfach nur Verkehr verdrängt, das bringt uns alle nicht weiter. Es kann nur der Ansatz sein, dass Verkehr reduziert wird. Das Vernunft einkehrt und das, ich muss es leider auch bei der Brüder-Grimm-Schule und bei der Lützellindener Straße sagen, in der Perspektive die Eltern ihre Kinder nicht dort hin fahren. Und alle anderen Lösungen sind nicht wirklich zielführend und auch nicht zukunftsweisend. Das betrifft wirklich alle Schulen, und das ist hier nicht die schlimmste. Die schlimmste ist die Ostschule, die zweite ist das Landgrafs-Ludwigs-Gymnasium. Die Herder-Schule ist etwas entspannter, weil sie auch nicht an einer Durchgangsstraße liegt. Aber sonst ist das überall das Gleiche. Es geht nur, wenn ein Umdenken stattfindet, dass die Eltern ihre Kinder nicht dahinfahren. Andere Lösungsmöglichkeiten, ich wollte es einfach nur noch einmal sagen. Und dieser zweite Punkt, da kann ich dem Herrn Herlein zustimmen, dass man diese Verkehrsvermeidungssache macht und dann aber auch vernünftige Verkehrswege macht. Auch die Wetzlarer Straße, ich weiß noch als ich dort gewohnt habe, da sind fünfmal so viele Autos dort gefahren und das ist schon eine zum Glück sehr ruhige Straße geworden. Es kein Vergleich mehr dazu wie es mal war. Es ist nicht diese dramatische Situation wie sie dargestellt wird. Deswegen bitte ich doch, das einfach in Relation zu all diesen Dingen zu sehen. Wir müssen gemeinsam sehen, dass dieses Umdenken einsetzt. Dieses fokussieren auf ein, zwei Punkte das bringt nichts.

Herr Dr. Greilich:

„Zunächst möchte ich darum bitten zu protokollieren was die Frau Bürgermeisterin gesagt hat, dass also diese Ausfahrt des neuen Baugebiets Ehramer Weg nicht wie in der Zeitung zu lesen war nach eine Ortsbeiratssitzung in Allendorf hier mit einem Poller versehen wird, sondern das tatsächlich auch für den allgemeinen Verkehr zu Verfügung stehen wird. Das hätte ich gerne mal schriftlich festgehalten. Das zweite was noch mal anführen wollte, was mich nach wie vor stört ist, dass hier quasi auch die Frischluftzufuhr für Kleinlinden und letztendlich auch der Durchzug von Frischluft dadurch eindeutig behindert wird. Was ich auch noch mal anmerken möchte, wir haben ja die Diskussion um das Bogenschießgelände von den Schützen hier unten. Ich war im Sommer oft unten am Allendorfer Wäldchen. Dort wächst der große Wiesenknopf auch, wird da auch geprüft ob der Ameisenbläuling vorkommt. Wird da nachgeschaut welche anderen Pflanzen da noch für andere ganz seltenen Tierarten

vorhanden sind. Dann würde mich interessieren, wie viele der Grundstücke dort gehören der Stadt oder werden nach dem Umlegungsverfahren der Stadt gehören. Und wie viele sind und bleiben in Privateigentum und welche tatsächlichen rechtlichen Möglichkeiten außer einem Hinweis das gebaut werden soll, wo ein Baugebiet ist, besteht den da, das tatsächlich diejenigen die nicht bauen wollen auch tatsächlich bauen. Sonst droht ja diesem Baugebiet genau das Gleiche wie dem Baugebiet Rhielweg wo ja letztens das 10jährige Jubiläum ohne erschlossene Anlagen, ohne Erschließungsstraße gefeiert werden konnte, aber die Leute dort bei dem Grundstückskauf die Erschließungsgebühren schon an die Stadt gezahlt haben. Ähnlich wird es den Allendorfern dann wahrscheinlich auch gehen und ähnlich wird es auch denen im Heerweg gehen. Ich gehe auch davon aus das es denen, weil dieses Baugebiet so konzipiert ist, wie sie es jetzt hier vorgestellt wird, im Rhielweg und Heerweg noch länger so gehen wird, weil das was von der Stadt bisher als Antwort auf meine Anträge kam, war ja dass tatsächlich vorläufig nicht damit zu rechnen ist, das da erschlossen wird und wenn jetzt das neue Baugebiet kommt, werde diese Grundstücke die noch fehlen um eine Erschließung zu bewerkstelligen auch nicht verkauft und bebaut werde. D. h. also die Stadt kann weiterhin mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger wirtschaften, was immer sie da auch macht. Das nächste was ich auch gerne zu Protokoll genommen hätte ist die Aussage, wenn ich das richtig verstanden habe, sagt die Bürgermeisterin hier das wenn, ich gehe mal davon aus 95% der Eltern einen Antrag stellen werden ihre Kinder in die Brüder-Grimm-Schule zu schicken und nicht in die Kleebachschule, das dann aber dem Elternwillen höchstwahrscheinlich nicht entsprochen wird, sondern dass die Kinder verteilt werden, je nach dem wie die Meinung ist wie verteilt werden soll. Das hätte ich gerne mal gewusst. Die Frage ist natürlich mit den Kindergärten, da brauch die ja nicht extra Anträge zu stellen, das wird sich dann schon regeln, je nach dem wo ein Platz frei ist oder nicht, aber ich gehe davon aus, dass die Mehrzahl der Anlieger dort hin wollen. Aber auch dieser Nachteil für das Baugebiet Heerweg und das Baugebiet Rhielweg für Kleinlinden bitte ich doch nachher bei der Abstimmung alle Ortsbeiratsmitglieder mit zu berücksichtigen.“

Frau Kaminski:

„Wir beraten den Bebauungsplan heute ja, ich weiß auch das Allendorf zugestimmt hat, das ist völlig klar und ich werde dem auch zustimmen, weil ich erst einmal einfach froh bin, dass Allendorf das Baugebiet jetzt endlich bekommen hat. Da sind schon junge Leute die dort geboren sind schon weggezogen, weil sie keine Möglichkeit gehabt haben dort zu bauen. Während der Zeit in der die Allendorfer schon warten, seit 1973, hatten wir schon drei neue Baugebiet. Da haben wir uns auch nicht so aufgeregt, dass da jetzt Leute kommen mit Autos und vielleicht auch noch Fahrrädern und Motorrädern. Das sind jetzt 100 Grundstücke, das werden vielleicht erst einmal 200 Autos sein, es sei denn die Leute werden dann flügge und haben dann drei. Ich glaube egal wie das geplant wäre, auch hinten raus, es fährt doch keiner um entweder auf die Autobahn zu kommen zur Neuen Mitte oder um in die andere Gewerbesiedlung bei Linden zu kommen, die wären alle nicht unten rum gefahren, die wären irgendwo bei uns vorbeigefahren. Ich denke nur worauf wir achten müssen ist a) dieser erste Kreislauf und ich wünsche mir den 2. mindestens beim Heerweg, bei der Neuen Mitte, weil da wird sich vieles konzentrieren und ich glaube über kurz oder

lang werden wir zusammenwachsen. Die Luftzufuhr ist auch schon gestoppt worden durch den Rhielweg oben. Ich finde da sollten wir nicht zu engstirnig sein. Das einzige was sicher sein muss, ist denke ich diese Verkehrsplanung und vor allem wünschte ich mir, das festgeschrieben wird in dem Bebauungsplan, das wirklich eine Bebauung stattzufinden hat. In z. B. 5 Jahren.“

Herr Dr. Greilich:

„Wie wollen Sie das machen, wenn jemand privates Eigentum hat...“

Frau Kaminski:

„Wie es in anderen Gemeinden auch gemacht wird, als Beispiel meine Arbeitskollegin hat ein privates Grundstück in einem Baugebiet in Fellingshausen und die musste es innerhalb 8 Jahren bebauen und wenn sie nur eine Garage darauf baut. Aber es durfte nicht gelagert werden. Das ist in Fernwald ganz genauso. Das würde ich schon gerne festgeschrieben haben, dass nicht wieder lauter Baulücken bleiben und mit Grundstücken gepokert wird.“

Herr Wagenbach:

„Ich will nur eines richtig stellen. Frau Janetzky-Klein und ich waren in Allendorf als die ganze Geschichte vorgestellt wurde. Da ist ganz klar gesagt worden, dass wenn es losgeht in 5 Jahren bebaut werden muss. Der Termin steht. Das wissen alle, die da ein Grundstück haben und es ist so, das es mindestens 2/3 private Grundstücke, 1/3 Stadt, so ungefähr ist das Verhältnis. Nach fünf Jahren müssen die Eigentümer angefangen haben zu bauen.“

Bürgermeisterin Weigel-Greilich:

„Es ist so, dass es rechtlich nicht möglich ist, alte Baugebiete mit Baugeboten belegen kann, man kann es aber bei neuen Baugebieten machen, von daher strebt die Stadt das an. Die Stadt hat nur 1/3 der Flächen und muss davon noch die Verkehrsflächen und Grünflächen hergeben und wir sind im Moment in der Debatte, weil es ist natürlich ein Interessensausgleich, das wir sagen das es etwas länger als die 5 Jahre ist, vielleicht 7 oder 8 Jahre. Aber das es auf jeden Fall ein überschaubarer Zeitraum ist. Zu unterscheiden von dem Baugebot, das wir als Stadt schon immer haben, wenn wir eine städtische Fläche haben, diese an einen Interessenten verkaufen hat er zwei Jahre Zeit die zu bebauen ansonsten muss er sie wieder zurückgeben. Das ist was anderes wie bei denjenigen die von Anfang an Eigentümer sind, wann die bebauen müssen.“

Dr. Greilich:

„Die werden dann enteignet?“

Bürgermeisterin Weigel-Greilich:

„Das ist im Prinzip eine Abwägung zwischen dem privat Interesse und dem öffentlichen Interesse. Sie können es der Stadt ja verkaufen und ich glaube das 8 Jahre ein angemessener Zeitraum ist. Sie können aber auch, wer sagt, ich will lieber meine Landwirtschaftliche Fläche, das wäre so ein Argument, der könnt tauschen mit anderer Landwirtschaftlichen Fläche. Das kann derjenige bekommen der das nicht möchte. Es

gibt ja auch Menschen die das nicht möchten, das muss man einfach so sehen. Es ist ein Abwägen, das tut immer ein bisschen weh an der Stelle, aber es ist einfach eine Kostenfrage. Wir wissen auch, das einfach diese Infrastrukturkosten die wir da haben, so sind, da gibt es eben wissenschaftliche Untersuchungen, dass innerhalb von 5 Jahren aufgesiedelt sein muss, damit es wirtschaftlich attraktiv ist. Ich gehe davon aus, dass das jetzt hier, weil der Druck auch groß ist, schneller geht. Gleichwohl schauen wir ob wir vielleicht 5 + als Kompromiss mache. Aber es ist klar, es wird eine Grenz geben, damit es nicht passiert wie woanders, dass man dann 20 Jahre oder länger freie Grundstücke hat. Es ist ja verständlich, ich würde es privat ja auch so machen. Aber das ist die Verantwortung der Politik, Rahmenbedingung zu schaffen, die im Allgemeininteresse sind. Das muss immer neu ausgewogen werden. Wir sehen es in der Marburger Straße West. Da sind sehr viele private Grundstücke, das ist das Problem. Es macht auch keinen Sinn die Erschließung herzustellen wenn man weiß es wird immer wieder gebaut. Es ist auch in dieser Versammlung nachgefragt worden, das jemand gesagt hat, das es auch eine Qualität von einem Baugebiet ist, wenn man weiß, man hat einen überschaubaren Zeitraum und dann sind zumindest fast alle Grundstücke bebaut und nicht das es dann immer wieder losgeht. Ich bin froh, dass man jetzt sieht, dass es auch eine politische Mehrheit dafür gibt, das war vorher ein bisschen umstritten, als man noch nicht so diese Sensibilität für die Kosten hatte, die sind jetzt stärker. Die Endlichkeit der Flächen wird klar und das man da vernünftig mit umgehen muss in Abwägung. Da wird man Lösungen finden.“

Herr Dr. Greilich:

„Erst mal hätte ich noch mal gerne die Ausführung von der Frau Bürgermeisterin gehört, was die Gestattung der Beschulung der Schüler an der Brüder-Grimm-Schule angeht. Und dann möchte ich noch ergänzend zu dem was vorhin gesagt wurde, zu der Straße Zum Sportplatz. Da hieß es ja zusätzlich entstehen enorme Kanalisationskosten mal abgesehen von Wegekosten. Das sehe ich nicht, weil meiner Meinung nach könnte man, wenn man das arrondiert, auch den Kanal einfach verlängern. Der Verkehr fließt dann auch über diese Straße Zum Sportplatz über einen Teil Allendorfs dann ab. Wenn das hier so gedreht würde. Dieses Teil da oben, dorthin kommt. Und es wäre immer noch die Möglichkeit, mal abgesehen davon dass es ein Gewinn für die Landschaft wäre und für die Natur, es gab ja immer noch den Gedanken dass dort ein größeres Baugebiet entsteh, dass dann durchaus so zu realisieren wie es hier geplant ist in Zukunft, wenn sich erweisen sollte, dass es einen Bedarf gibt. Weil das ist ja das, was ich jetzt auch noch mal sagen möchte, was ich bezweifle, das tatsächlich dann die Bebauung da zu 100% laufen wird. Auch wenn es da ein Baugesot von Seiten der Stadt geben wird. Es wird Gerichtsverfahren geben, die werden sich über Jahre und Jahrzehnte hinziehen und die Erschließung wird da genauso wenig funktionieren wie sie im Rhielweg funktioniert hat. Vor allen Dingen wird der Rhielweg und der Heerweg in seinem Abschluss behindert durch die Neuauflage dieses Baugebietes in dieser Größe. Oder man macht es tatsächlich so, man lässt diesen Teil da ganz weg. Das wäre auch eine Möglichkeit, aber so stimme ich dem nicht zu.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich:

Wir können im Rhielweg und Heerweg jetzt nichts mehr machen nachträglich. Da sind die Bebauungspläne da, das ist dann eben so. Man kann das nicht nachträglich

machen. Das ist die allergrößte Hürde wie man so etwas machen kann, das sehen wir an exponierter Stelle in der Stadt auch.

Was die Schule angeht, das ist in der Tat in der Hand von der Stadt, diese Grenzen festzulegen. Ich kann sagen, dass wir in Allendorf eine Jahrgangsbreite haben im Moment immer zwischen 10 und 15 Kindern. D. h. man schrappt oft knapp daran vorbei ob überhaupt eine Klasse gebildet werden kann. Wir werden sehen, wie sich das entwickelt. Meine Kinder sind auch in die Kleebachschule gegangen, obwohl sie es viel weiter hatten und näher in die Brüder-Grimm-Schule gehabt hätten. Aber dann haben viele ja auch gesagt, das ist schön, die sind ja mit den Kindern in Allendorf dann zusammen und es ist beschaulicher. Ich glaube nicht, dass das so problematisch werden wird, dass die alle nach Kleinlinden gehen wollen. Man muss es dann danach entscheiden, wie auch die Zahlen bis dahin sind. Da kann ich jetzt auch keine Aussage zu machen, weil da muss man genauer sehen, wenn es soweit ist, wie die Zahlen sind. Ich glaube das welche die neu hinziehen und vielleicht in der 2., 3., 4., Klasse sind, da kann ich mir tatsächlich eher vorstellen, dass die dann gleich nach Kleinlinden gehen, einfach schon perspektivisch. Aber da wird es mit Sicherheit, wie ich unser Schulverwaltungsamt, die Schuldezernentin kenne, vernünftige Lösungen geben, die sich an den Zahlen und daran was perspektivisch richtig ist orientieren.“

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

18. Festlegung der Sitzungstermine für das Jahr 2013

Ortsvorsther Herlein schlägt folgende Termine für die Sitzungen des Ortsbeirates im Jahr 2013 vor.

Mittwoch, 23.01.2013
Mittwoch, 20.02.2013
Mittwoch, 20.03.2013
Mittwoch, 24.04.2013
Mittwoch, 22.05.2013
Mittwoch, 26.06.2013
Mittwoch, 21.08.2013
Mittwoch, 18.09.2013
Mittwoch, 13.11.2013
Mittwoch, 11.12.2013

Die Mitglieder des Ortsbeirates erklären sich mit den Terminvorschlägen einverstanden.

19. Verschiedenes

Frau Janetzky-Klein führt aus, sie habe drei Informationen, die sie an die Mitglieder des Ortsbeirates weitergeben möchte.

Wegen der Bauarbeiten am Bahndamm habe sie mit Herrn Fleischhauer vom Bauamt gesprochen um zu erfahren, wann die Arbeiten dort zum Abschluss gelangen. Sie habe die Auskunft erhalten, dass die Stadt habe mit dem Betreiber vereinbart habe, dass bis zum 21.11.2012 das Baumaterial entfernt werde, bis auf das aufgeschobene Erdmaterial und die Wege wieder in einen ordentlichen Zustand zurückversetzt werden.

Weiterhin habe sie die Information erhalten, dass im März 2013 nochmals Ausbesserungsarbeiten im Gleisbereich anstehen. Eine komplette Befestigung/Wiederherstellung der Fläche könne erst stattfinden, nachdem diese Arbeiten abgeschlossen sind. Auf das Grundstück hat die Stadt keinen Einfluss, da es sich um ein privates Grundstück handele.

Herr Herlein möchte von Frau Janetzky-Klein wissen, wie Sie an diese Informationen gelangt sei. Ihm als Ortsvorsteher liegen diese Informationen nicht vor. Im Grunde genommen gehöre es sich, dass der Ortsvorsteher darüber informiert werde. Herr Runge habe ihn lediglich per E-Mail darüber informiert, dass die Parkplatzsituation zum Weiher verlängert werde. Es könne nicht sein, dass eine Stadtverordnete hier Informationen habe, die dem Ortsvorsteher nicht zugeführt wurden. Er habe nichts dagegen das Frau Janetzky-Klein die Informationen hier mitteilt, nur hätte er als Ortsvorsteher im Vorfeld informiert werden müssen. Er vertritt die Auffassung, der Magistrat habe dem Ortsvorsteher gegenüber eine gewisse Bringschuld.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich widerspricht energisch. In Allendorf werde solche Informationen dem Ortsvorsteher mitgeteilt, weil dieser sich kümmert, anruft und nachfragt. Der Magistrat und die Verwaltung können nicht alles mitgeben. Man müsse gelegentlich auch nachfragen. Die Unterstellungen Frau Janetzky-Klein gegenüber seien unverschämte. Sie weise den Angriff gegenüber Frau Janetzky-Klein entschieden zurück.

Frau Janetzky-Klein betont, sie habe als Ortsbeiratsmitglied beim Bauamt angerufen und die Informationen erhalten. Jedes andere Mitglied des Ortsbeirates hätte dies auch tun können. Aufgrund des Verhaltens von Ortsvorsteher Herlein werde sie die beiden anderen von ihr erwähnten Informationen heute nicht weitergeben.

Herr Herlein bittet, Frau Janetzky-Klein die Information ihm und den übrigen Ortsbeiratsmitglieder per E-Mail zukommen zu lassen.

Herr Dr. Greilich und **Frau Kaminski** vertreten die Auffassung, es wäre glücklicher gewesen, wenn Frau Janetzky-Klein dem Ortsvorsteher und evtl. auch den übrigen Mitglieder des Ortsbeirates ihren Kenntnisstand mitgeteilt hätte.

Frau Kaminski macht deutlich, dass sie sich in der momentanen Situation sehr unwohl fühle und bittet alle Mitglieder, sich die Art und Weise wie die Sitzungen des Ortsbeirates verlaufen zu überdenken.

Herr Wagenbach verweist auf ein Schreiben von Herrn Volkmann und bittet ebenfalls den Umgang miteinander zu überdenken.

Bürgermeisterin Frau Weigel-Greilich bittet nochmals darüber nachzudenken, ob es außer der Heide, der Kleinlindener Straße und der Bushaltestelle in Kleinlinden noch andere Themen gebe.

Ortsvorsteher Herlein entgegnet, über die Frage was im Ortsbeirat anzusprechen ist, entscheidet der Ortsbeirat und nicht eine Bürgermeisterin. Eine derartige Äußerung stehe ihr nicht zu.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Ortsvorsteher Herlein die Sitzung, mit dem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

Die nächste Sitzung des Ortsbeirates findet am Mittwoch, 23. Januar 2013 statt.
Antragsschluss ist Montag, 14.01.2013, 8:00 Uhr in der Geschäftsstelle der Ortsbeiräte.

DER ORTSVORSTEHER:

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) H E R L E I N

(gez.) B E N Z